

„Einmalige Chance verpasst ...“

Hamburg plant nach Schließung der „Haasenburg“ neues geschlossenes Heim

ein Gespräch mit Michael Lindenberg

„SPD will weiter wegschließen“ titelt die taz am 15.11.2013. Kaum hatte Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch sich endlich entschieden, den Haasenburg-Heimen die Betriebs-erlaubnis zu entziehen (1), kündigte der Hamburger Senat ein neues geschlossenes Heim an: „Wir kriegen die drei, die noch in der Haasenburg sind, nicht anders unter“. (2)

Unser Gesprächspartner, Prof. Michael Lindenberg, ist engagierter Aktivist im Hamburger Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung (3) und war lange Vorsitzender der Aufsichtskommission für das – vor fünf Jahren geschlossene – Kinderheim *Feuerbergstraße*. Wir wollen von ihm wissen, wie er die Ankündigung des Herrn Senator Scheele bewertet, nach der Schließung der Brandenburger Haasenburg-Heime für Hamburger Minderjährige nun alternative geschlossene Unterbringungsplätze zu schaffen.

FORUM: Hamburgs Senator Scheele will – nach der angekündigten Schließung der Skandalheime der Haasenburg GmbH – ein neues geschlossenes Heim einrichten. Etwas außerhalb der Stadt, um „Distanz zwischen den Jugendlichen und ihrem kriminellen Umfeld“ zu halten. Hat dich diese Entscheidung nach der intensiven Haasenburg-Debatte der letzten Monate überrascht?

Michael Lindenberg: Teil, teils. In jedem Fall hat Hamburg erst einmal die einmalige Chance verpasst, darauf zu verzichten. Eine Chance vor allem deshalb, weil Herr Scheele im Moment viele Fachleute für Alternativen hinter sich gehabt hätte. Auf der anderen Seite wurde in der Vergangenheit bereits über solche Modelle gesprochen, die Idee einer gemeinsamen norddeutschen geschlossenen Unterbringung ist also nicht neu.



Foto: E. Lang

Wie reagieren die Träger? Der Senat hat Hamburger Trägern angeboten, entsprechende Konzepte vorzulegen. Wird jetzt auf Trägerseite eher an solchen geschlossene Konzepte gearbeitet oder wird um Alternativen gerungen?

Ich würde mir jedenfalls wünschen, dass das ein Ansporn ist für einen Trägerverbund, der Alternativen entwickelt. Wenn ich „Alternativen“ sage, meine ich keine spezielle Heimunterbringung im Vorfeld der Geschlossenen Unterbringung, sondern spreche von einem Kooperationspool, der im Falle einer geplanten Geschlossenen Unterbringung im Rahmen der bestehenden Hilfen eine Alternative sucht. Denn ich weiß, dass es um sehr problematische Fälle geht – für die Fachkräfte eine große Herausforderung –, für die daher

nicht ein einzelner Träger allein die Lösung finden sollte. Unser Vorschlag ist, dass sich Träger in einer losen Koppelung zusammenfinden und gemeinsam einen passenden Weg finden, dessen Ausführung dann einer dieser Träger nach Abstimmung mit den anderen verantwortlich übernimmt (4). Vor einigen Jahren haben wir schon einmal darüber nachgedacht, doch ich glaube, dieses Nachdenken war mit einem Fehler behaftet: Wir hatten versucht, die Träger zu eng zusammen zu schließen, und da stand völlig zu Recht ein Unbehagen im Raum: was ist mit unserer Trägerautonomie? Aus dieser Erfahrung heraus meine ich, dass sich der Zusammenschluss immer nur auf den jeweiligen Fall beziehen sollte; man kommt also anlassbezogen zusammen.

Du hast eben von „sehr problematischen Fällen“ gesprochen. Im letzten FORUM haben Dorothee Bittscheidt und Timm Kunstreich die These vertreten, eigentlich gäbe es diese „besonderen Kinder“ gar nicht, es gäbe lediglich besondere Lagen, in denen sie sich befinden. Deshalb brauche man auch keine „besonderen Einrichtungen“. Gemeinsames Merkmal der „GU-Kinder“ sei nicht ihre außergewöhnliche Aggressivität oder Verweigerung, sondern die Vielzahl von Lebensorten und Heimen, die sie durchlaufen haben.

Ganz genau, besonderer Einrichtungen bedarf es nicht, denn besondere Einrichtungen nivellieren die zu lösenden erzieherischen Fragen stets nach Maßgabe ihrer jeweiligen Organisationskultur. Insofern sind sie, um dieses etwas veral-

Die Jugendlichen waren davon beeindruckt, dass sie überhaupt erzählen konnten, ohne dass ihre Aussagen sofort in Frage gestellt wurden.



Foto: M. Essberger

tete Wort zu gebrauchen, „gleichmacherisch“. Es bedarf aber besonderer Hilfen, die Antworten auf die besonderen Lebenslagen versuchen. Das sind nun einmal individualpädagogische Hilfen. Und je mehr Fachkräfte an einen Tisch kommen, desto mehr Möglichkeiten werden offenbar.

Der Haasenburg-Skandal hat nicht nur dazu geführt, dass über die Situation, das Leid und die Rechte dieser Jugendlichen wieder mehr berichtet und gesprochen wird, auch die Mädchen und Jungen selber schienen ermutigt und nahmen teilweise erfolgreich ihre Rechte in Anspruch. Wird das die weitere Entwicklung beeinflussen, ist dieser Erfolg stabil?

Wir haben viele beeindruckende Gespräche mit Kindern und Jugendlichen aus der *Haasenburg* und zum Teil auch mit deren Erziehungsberechtigten geführt. Beeindruckend vor allem, weil sie zumeist sehr sachlich und beschreibend von den Vorgängen in der *Haasenburg* berichteten. Die Jugendlichen ihrerseits waren davon beeindruckt, dass sie überhaupt erzählen konnten, ohne dass ihre Aussagen sofort in Frage gestellt wurden. Denn genau das waren sie bisher gewohnt, sie stießen auf eine Mauer des Unverständnisses und der Abwehr.

Allerdings: Aus der Öffentlichkeit wird diese Debatte bald verschwinden. Daher muß nun die fachliche Welt sich dieses Themas dauerhaft annehmen. Das tut sie einerseits schon; es werden jedes Jahr Dutzende von Fachartikeln über die *Geschlossene Unterbringung* geschrieben, und jeder hat eine Meinung dazu, es ist geradezu eine Glaubenssache, ob ich dafür oder dagegen bin. Aber das meine ich nicht. Ich meine, dass die Pra-

xis der *Geschlossenen Unterbringung* eine verschämte Praxis ist, die im Verborgenen geschieht. Und das muss aufhören. Ich bin dafür, dass die *Geschlossene Unterbringung* einem regelmäßigen Monitoring unterworfen wird: Wie viele Kinder und Jugendliche werden von wem in welcher Einrichtung untergebracht, und nach welchem Konzept arbeitet diese Einrichtung? Im Augenblick müssen wir uns diese Informationen mühsam zusammensuchen, oder uns auf Erhebungen des DJI beziehen, die das auch nicht jedes Jahr neu machen können. Denn die Soziale Arbeit erfüllt immerhin einen öffentlichen Auftrag, und wenn sie zudem noch in elementare Rechte eingreift, dann muss sie das auch öffentlich anzeigen.

Zweitens bin ich sehr dafür, dass eine höhere Rechtssicherheit hergestellt wird. Es kann nicht sein, dass die *Geschlossene Unterbringung*, nur weil sie eine erzieherische Hilfe nach dem SGB VIII ist, keinen besonderen Kontrollen unterliegt. Immerhin haben die Erfahrungen mit der *Haasenburg* gezeigt, dass die Kontrollen nicht greifen. Dabei gehe ich im Kern gar nicht von dem persönlichen Aufsichtsversagen der Fachkräfte aus, sondern spreche von Schief-lagen in den Strukturen. Um es am Beispiel zu sagen: Die *Haasenburg* hat im-

mer wieder auf ihre gültige Betriebserlaubnis und das Vorliegen richterlicher Beschlüsse verwiesen, also alles in Ordnung. Das Landesjugendamt als Aufsichtsbehörde hat immer wieder auf das zuweisende Jugendamt verwiesen, und die werden schon wissen, warum sie die *Haasenburg* ausgewählt haben. Das zuweisende Jugendamt hat auf das Landesjugendamt als Aufsichtsbehörde hingewiesen, schließlich haben die eine Betriebserlaubnis erteilt und nehmen die Heimaufsicht wahr, und alle miteinander auf den Beschluss des Familiengerichtes als gültige Rechtsgrundlage. So konnte die Verantwortung so lange hin und hergeschubst werden, bis sie sich schließlich ganz verkrümelte. Das sollte uns eine Lehre sein.

Letzte Frage: Was tut das alte Aktionsbündnis gegen Geschlossene Unterbringung im Moment?

Das Aktionsbündnis trifft sich fortlaufend, auch unter Beteiligung der Betroffenen, um den von mir angesprochenen Kooperationspool mit Konturen zu versehen.

Vielen Dank, Michael, für diese Informationen zum Stand!

Interview: Manuel Essberger

Anmerkungen:

- 1) vgl. vorstehender Beitrag in diesem FORUM
- 2) Scheeles Sprecher M. Schweitzer, s. taz v. 15.11.2013
- 3) Infos unter: www.geschlossene-unterbringung.de
- 4) vgl. nachfolgender Beitrag in diesem FORUM



Michael Lindenberg

ist Professor an der Evangelischen Fachhochschule des Rauhen Hauses in Hamburg. Er ist aktiv im Aktionsbündnis gegen Geschlossene Unterbringung. www.geschlossene-unterbringung.de